

Gemeinderats-Sitzung 29.1.2018 – Stellungnahme CDU-Fraktion
Redemanuskript Frank Heinrich, Fraktionsvorsitzender

Ergebnis der überörtlichen Prüfung der Haushalts- und Wirtschaftsführung der Ortsgemeinde Schwabenheim für die Haushaltsjahre 2011 – 2016

Insgesamt führt die Prüfung der HH- und Wirtschaftsführung zu einem positiven Ergebnis. Die Gemeindefinanzen sind gesund, Schwabenheim ist schuldenfrei und es existiert ein Finanzpolster in Höhe von ca. 2 Mio. Euro.

Die Steuereinnahmekraft und Finanzausstattung liegt über dem Landesdurchschnitt vergleichbarer Gemeinden mit 1000 – 3000 Einwohnern.

Außer im Jahr 2016 (Fehlbetrag 180 T €) wurden regelmäßig Überschüsse zwischen 57 T € und 828 T € erwirtschaftet.

Dabei müssen wir aber darauf hinweisen, dass die gute Finanzlage Schwabenheims einem größeren ortsansässigen Unternehmen zu verdanken ist. Schwankungen beim Gewerbesteueraufkommen können sehr schnell zu Fehlbeträgen führen (siehe oben). Hier ist die Gemeinde gut beraten, vorsichtig zu kalkulieren.

Zu den konkreten Anmerkungen im Bericht:

- Bestellung einer ständigen Vertretung der Leiterin der Kindertagesstätte
Aufgrund der gestiegenen Anzahl der zu betreuenden Kinder befürworten wir, der Empfehlung zu folgen und eine Stellvertretung zu bestellen
- Fehlbetrag im Bestattungswesen
Im Prüfbericht wird festgestellt, dass das Bestattungswesen jedes Jahr einen Fehlbetrag in Höhe von 17 T € - 29 T € ausweist. Die Kommunalaufsicht hielt deshalb 2017 „eine angemessene Erhöhung der Friedhofsgebühren für vertretbar

und geboten“. Im Prüfbericht wird deshalb empfohlen, die Friedhofsgebühren neu zu kalkulieren und „anschließend sollte über eine Anhebung der Friedhofsgebühren entschieden werden“.

Die CDU-Fraktion sieht diese Empfehlung kritisch. Der jährliche Fehlbetrag ist unserer Meinung nach nicht besorgniserregend. Die Gemeinde fördert vielfältige Aktivitäten in der Gemeinde, bei denen kein HH-Ausgleich gefordert wird. Allein für den Sportplatz und die Olbornhalle plant die Gemeinde für 2018 einen Fehlbetrag in Höhe von 150.000 Euro.

Wir sollten nicht jedem Wunsch der Verwaltung folgen, sondern unsere Spielräume ausnutzen. Nur, wenn eine Erhöhung der Friedhofsgebühren unvermeidbar ist, dann sollten wir dies so moderat, wie möglich vornehmen.

Ich möchte aber auf einen anderen, unserer Meinung nach viel bedeutenderen Abschnitt hinweisen, der bisher zu wenig / gar nicht angesprochen wurde: **zur Einschätzung der weiteren finanziellen Entwicklung unserer Gemeinde:**

Ich zitiere: „ Die Haushaltslage der Kommune ist **nach** als gut zu bezeichnen. Die Gemeinde hat keine Darlehensverpflichtungen. Sie erwartet den Haushalts- und Finanzplanungen nach bis 2020 im Ergebnishaushalt die Erwirtschaftung von Überschüssen, die dazu führen werden, dass sich das Eigenkapital kontinuierlich erhöht. Zudem verfügt sie zum Ende des Jahres 2016 über liquide Mittel in Höhe von 2 Millionen 36.000 Tausend Euro. **Allerdings werden diese Mittel, insbesondere durch die Finanzierung des Umbaus des Greiffenklauer Hofs zu einem Dorfgemeinschaftszentrum bis einschließlich 2019 komplett aufgebraucht werden.** Bislang soll der Finanzplanung zufolge nach Abschluss der Baumaßnahme wieder mit einer Zunahme der liquiden Mittel zu rechnen sein. **Risiken bestehen jedoch hinsichtlich der konjunkturellen Entwicklung**“. Zitatende

Neben den Risiken der konjunkturellen Entwicklung sind aber auch trotz wiederholter Forderung der CDU-Fraktion die zu erwartenden

Folgekosten zum Unterhalt des Dorfgemeinschaftshauses noch gar nicht in die Finanzplanung eingeflossen!

Weiter heißt es im Bericht „Deshalb sollte es Ziel der Ortsgemeinde sein, nach Abschluss des Umbaus des Greiffenklauer Hofes, eine eventuell gefährdete finanzielle Leistungsfähigkeit wieder herzustellen und auf Dauer zu erhalten. **Dies erfordert neben der Ausschöpfung aller Ertragsquellen, die konsumtiven Aufwendungen auf den notwendigen Bedarf zu beschränken und auch künftig eine Verschuldung zu vermeiden.**

In anderen Worten heißt das, dass bei Verwirklichung des Dorfgemeinschaftshauses im bisher beabsichtigten Volumen von 4 Millionen Euro, so wie es die anderen Fraktionen gegen die Stimmen der CDU beschlossen haben, wir jeden finanziellen Spielraum für wertvolle Projekte und Maßnahmen z. B. am Kindergarten, in der Jugendarbeit oder beim Straßenbau verspielen und Steuern und Abgaben erhöhen müssen. Dabei geht der Bericht noch davon aus, dass die Förderung durch das Land im bisher gewünschten Umfang erfolgt.

Wenn schon eine unabhängige Prüfung diese Warnungen ausspricht, dann sollten wir im Gemeinderat aufmerksam werden und beim Dorfgemeinschaftshaus „kleinere Brötchen backen“, den zukünftigen Generationen zuliebe.